

Unserer Ansicht nach sind folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

SOFORTMAßNAHMEN ZUR VORBEREITUNG DES LANDES FÜR EINEN WEG DER SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE UND FREIHEIT

1. Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung wegen der Hauptverantwortung für den katastrophalen Massenexodus der Jugend und wegen des völligen Verlusts von Vertrauen im Volk.
2. Bildung einer neuen politischen Führung und einer zeitlich befristeten Übergangsregierung aus reformwilligen Kräften, zur Verwirklichung folgender Maßnahmen:
 - a) sofortige Demokratisierung der Presse und Einstellung der Pressezensur
 - b) Legalisierung des "Neuen Forum" und aller anderen für sozialistische Demokratie und Freiheit eintretenden Gruppen sowie Aufnahme eines gleichberechtigten Dialogs über alle zu lösenden gesellschaftlichen Probleme.
 - c) Gewährung der freien und öffentlichen Diskussion in allen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien
 - d) Veröffentlichung aller Daten und Informationen über den tatsächlichen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies betrifft insbesondere
 - den Zustand der Staatsfinanzen
 - den wirklichen Zustand und die tatsächlichen Ergebnisse der Volkswirtschaft, darunter
 - * der Außenwirtschaft (insbesondere Handels- und Zahlungsbilanz)
 - * der Aufwendungen für Verteidigung und innere Sicherheit
 - * der Kosten- und Kostenstruktur des Staats- und Parteiapparats
 - die Sozialstruktur einschließlich der Beschäftigten im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat (darunter auch im Sicherheitsapparat)
 - die Einkommensverteilung der Bevölkerung (einschließlich der Einkommen der Nomenklaturkader und ihrer sonstigen Einkünfte, Zuwendungen und Privilegien sowie personengebundener Nutzungsrechte)
 - die Umweltdaten
 - den Zustand des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung das Gesundheitsniveau der Bevölkerung und ihre Lebenserwartung nach Regionen sowie im internationalen Vergleich
 - den Umfang des gegenwärtigen Ausreisewunsches der Bevölkerung (Veröffentlichung der Zahl der Antragsteller und der Ausreisenden sowie ihrer sozialen und beruflichen Zusammensetzung nach Territorien)
 - e) Beginn einer öffentlichen Diskussion über Ziele und Mittel einer radikalen Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer Gesellschaft
 - f) Erteilung von Reisegenehmigungen an jeden Bürger für alle Länder für 30 Tage (lediglich mit den international üblichen Einschränkungen aus Gründen der nationalen Sicherheit) unter Bereitstellung von Devisen im Wert 500.- DM pro Person und Jahr
 - g) Rückkehrangebot an alle ausgereisten und ausgebürgerten ehemaligen DDR-Bürger
 - h) Einberufung eines regierungsunabhängigen Kongresses demokratisch und geheim gewählter Delegierter der Betriebsbelegschaften innerhalb von 3 Monaten zwecks
 - Beratung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR
 - Erarbeitung von Maßnahmen zur Durchführung einer radikalen Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft einschließlich der Gewerkschaften
 - Erarbeitung von Maßnahmen zur Sicherung des Lebensstandards und der sozialen Errungenschaften des Volkes
 - Wahl von unabhängigen Reformern als demokratisch legitimierte und dem Kongress verantwortliche Volksvertreter in einer breiten Reformregierung
3. Bildung einer breiten Koalition der Vernunft und des Realismus zur Verwirklichung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit. Ausdruck einer solchen Koalition der Vernunft muß die Bildung einer konsequenten Reformregierung auf dem Boden des Antistalinismus und Antikapitalismus sein. Diese Regierung sollte sich aus durch ihre Taten legitimierte Vertreter des Reformflügels von Partei- und Staatsapparat einerseits sowie aus demokratisch gewählten Vertretern des Kongresses der Belegschaftsdelegierten andererseits zusammensetzen.

SOFORTMAßNAHMEN EINER KONSEQUENTEN REFORMREGIERUNG

Die selbstverständliche Voraussetzung einer Regierungskoalition der sozialistischen Freiheit und Demokratie in der DDR ist die außenpolitische Bündnis- und Vertragstreue. Vor allem das Bündnis zwischen einer demokratisierten Sowjetunion, einem demokratisierten Polen und einer demokratisierten DDR und insbesondere die Anerkennung der Grenzen ist von existentieller Bedeutung für jedes dieser Länder.

Der Regierungsauftrag einer solchen Reformregierung muß folgende Inhalte voranbringen:

1. Umfassende Vorbereitung und Durchführung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus auf der Basis
 - des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
 - des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
 - der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
 - des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft
 - der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
2. Durchführung einer konsequenten *Wirtschaftsreform* unter Durchsetzung der betrieblichen Selbstverwaltung der Werktätigen als Hauptform einer Weiterentwicklung staatlichen Eigentums
3. Ausarbeitung eines Programms der wirtschaftlichen, technischen und ökologischen *Modernisierung* unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit und unter Ausschluß von Arbeitslosigkeit
4. Durchführung von Wirtschaftsreform und Modernisierung als *komplexes* Programm unter Wahrung sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und unter Ausschluß von Arbeitslosigkeit
5. Initiativen der DDR zur Ausarbeitung und Umsetzung eines Programms der Reformierung des RGW sowie der Organisation des Warschauer Vertrags entsprechend den Grundsätzen eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus
6. Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über die langfristige Ausgestaltung des Grundlagenvertrags entsprechend dem Grundsatz "Zwei Staaten - eine Nation" mit den Zielen
 - a) gegenseitige staatsrechtliche Anerkennung
 - b) Entwicklung der Beziehungen unter Berücksichtigung des besonderen Charakters der Existenz zweier souveräner Staaten gegensätzlichen sozialökonomischen Charakters auf dem Boden einer Nation und Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs
 - c) Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Wahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung - insbesondere für den Frieden - unter Wahrung der Souveränität beider deutscher Staaten.
7. Abgabe einer Existenzgarantie für die freie und unabhängige Entwicklung von Berlin (West) auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens und Abschluß einer vertraglichen Regelung zwischen der DDR, der BRD und Westberlin zur Ausschaltung von Statusproblemen.
8. Ausarbeitung eines Programms zur Entwicklung beider Teile Berlins zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindeglied zwischen Ost und West
9. Untersuchung stalinistischer Verbrechen in der DDR und ihre konsequente Aufarbeitung sowie Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer
10. Verurteilung des völkerrechts- und verfassungswidrigen Einmarsches von Truppen der NVA der DDR in die CSSR im August 1968 und Entschuldigung bei den Völkern der CSSR

Vereinigte Linke

Teilnehmer des Böhlener Treffens

Leute, die während der Demonstrationen um den 40. Jahrestag in Berlin oder der übrigen DDR Filme, Fotos etc. gemacht haben, werden gebeten, diese zu Kopien der Umwelt-Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Anonymität wird garantiert.

Nach wie vor sucht die Umwelt-Bibliothek wegen gewachsenen Ansprüchen an Auflagen gebrauchte oder neue Druckmaschinen, möglichst Offset. Anfragen werden vertraulich behandelt. Finanzieller Ausgleich ist selbstverständlich - im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Meldungen über Verhaftungen in politischen Delikten, insbesondere aber im Zusammenhang mit den vergangenen Demonstrationen bitte an das Berliner Kontaktbüro, Gethsemanestr. 9 oder Tel. 4484235. Es wird besonders aber auch darum gebeten, Entlassungen von inhaftierten Demonstranten dem Kontakttelefon mitzuteilen, damit dieses in die Lage gesetzt wird, die Angaben der Regierung zu überprüfen.